

## Lösungen

## Repetitionsfragen

## Kapitel 11

1. **Gründe für wachsende Staatstätigkeit:** Neue Aufgaben; grosse Einkommenselastizität für öffentliche Leistungen; kleinere Zunahme der Arbeitsproduktivität (überdurchschnittliche Kostenentwicklung); expansives Verhalten der Verwaltung und Ausgabefreudigkeit der Parlamente.
2. **Aufgabenintensive Gebiete Bund:** Soziale Wohlfahrt, Verkehr, Bildung, Landesverteidigung, Landwirtschaft. (Finanzen und Steuern steht zwar an zweiter Stelle, aber dabei handelt es sich um eine Umverteilung von Steuereinnahmen auf die Kantone).
3. **Haupteinnahmequellen Bund:** Direkte Bundessteuer, Mehrwertsteuer, Verrechnungssteuer, Mineralölsteuer, Verkehrsabgaben, Tabaksteuern.
4. **Entwicklung der Ausgaben:** Stärkstes Wachstum der Ausgaben für soziale Wohlfahrt und Bildung. Nur leichtes Wachstum der Ausgaben für die Landesverteidigung und für die Landwirtschaft. Hoher Anteil (rund 60%) der Subventionen an den Gesamtausgaben.

**Haushaltssaldo und Verschuldung:** Starker Anstieg der Defizite und der Verschuldung in den 1990er Jahren. 2004 erreichten die Schulden ihren Höchststand. Von 2006 bis 2019 erzielte die öffentliche Hand Überschüsse. In den Jahren 2020 und 2021 sind sowohl die Defizite als auch die Verschuldung wieder angestiegen. Im internationalen Vergleich ist die Entwicklung der Staatsfinanzen der Schweiz als sparsam zu beurteilen.

**Gefahren Staatsdefizite/-verschuldung:** Zinsanstieg, Inflationsanstieg, Verdrängungseffekt (crowding-out), Schmälerung des Handlungsspielraumes, Teufelskreis der Verschuldung.

5. **Richtlinien Staatsverschuldung:**
  - Goldene Finanzierungsregel: Budgetdefizite dürfen die Höhe der Staatsinvestitionen nicht übersteigen.
  - Langfristig konstante Schuldenquote (ausgeglichener Primärhaushalt).
  - Ausgaben sollen im Gleichschritt mit dem Wirtschaftswachstum zunehmen.
6. **Empfehlung bei strukturellen Defiziten:** Herr Schaltegger spricht sich bei einem strukturellen Defizit klar für Sparen statt Schulden oder Steuererhöhungen aus. Er argumentiert, dass Ausgabenkürzungen effektiver sind, da Steuererhöhungen zu neuen Forderungen führen und die Ausgaben weiter erhöhen. Ausgabenkürzungen signalisieren, dass der Staat die Ausgaben unter Kontrolle hat, was das Vertrauen stärkt und zu mehr Konsum und privaten Investitionen führt. Historische Beispiele wie Dänemark und Irland zeigen, dass eine konsequente Sparpolitik Vertrauen und Investitionsbereitschaft zurückbringen kann, was letztlich auch einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen zugute kommt.